

Chronologie

- 28.06.1930 Hans Peter in Stuttgart geboren, Schulbildung: Volksschulabschluß
- Oktober 1947 Lehre als Elektroinstallateur begonnen, Eintritt in die IG Metall
- April 1950 Lehre abgeschlossen, Beschäftigung als Elektromonteur
- 22.01.1951 Eintritt bei der Deutschen Bundespost als Mechaniker (A) beim Fernsprechamt Stuttgart
- 30.09.1954 Prüfung als Fernmeldehandwerker abgelegt
- 01.01.1959 Übernahme ins Beamtenverhältnis auf Lebenszeit, Ernennung zum Fernmeldewart
- 01.11.1960 Beförderung zum Technischen Fernmeldeassistenten
- 01.10.1966 Beförderung zum Technischen Fernmeldeseekretär
- 01.10.1967 Beförderung zum Technischen Fernmeldeobersekretär
- 01.07.1971 Beförderung zum Technischen Fernmeldehauptsekretär
- Seit 1947 Mitglied der Gewerkschaft (IG Metall, Deutsche Postgewerkschaft). Gewerkschaftlicher Funktionsträger: Hans Peter war u.a. Delegierter zum Bezirkstag 1971 u. mehrmals zur OV Stuttgart. 4 Jahre war er Mitglied im Amtsgruppenvorstand der DPG beim Fernmeldeamt 3 in Stuttgart
- 25.08.1977 Erste "Anhörung" beim Sicherheitsreferat 17 der Oberpostdirektion Stuttgart durch den "Geheimschutz - beauftragten" Postoberrat Härle wegen "zugegangener Erkenntnisse des Verfassungsschutzes" (DKP-Mitgliedschaft und -Aktivitäten, Besuch einer ADF-Veranstaltung 1969, DDR-Reisen 1963 und 1974, UZ - Leserbrief)
- 20.02.1977 Disziplinarisches Vorermittlungsverfahren eingeleitet
- 30.03.1978
- 10.04.1978
- 26.04.1978 Verhöre beim Ermittlungsführer Oberpostdirektor Ockert, Ermittlungsergebnis: Kein Vergehen gegen Grundgesetz
- 26.06.1978
- 07.07.1978
- 13.11.1978 Strafversetzung Hans Peters aus der Fernsprechentstörungsstelle 5 Stuttgart zur Anweisungsstelle wegen angeblicher "Sicherheitsbedenken"
- 14.12.1978 Postminister Gscheidle (SPD) leitet persönlich das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst gegen Hans Peter ein. Die Einleitungsverfügung ist als "Verschlußsache" eingestuft
- 31.01.1979 Bundesdisziplinaranwalt Claussen legt dem Bundesdisziplinargericht die Anschuldigungsschrift vor.
- 05.03.1979 Bundesdisziplinargericht - Kammer III - setzt das Verfahren aus und verlangt Untersuchungsverfahren, das über die "Verfassungsfeindlichkeit der DKP" ermitteln soll.
- 12.06.1979 Vernehmungen im Untersuchungsverfahren durch Postoberrat Weise und Dr. Weinmann als Vertreter des Bundesdisziplinaranwalts. Neuer Vorwurf: Kandidatur zur Kommunalwahl 1979 in Stuttgart und Funktion in der Kreisrevisionskommission der DKP. Als Zeuge dafür wird der Oberregierungsrat Dr. Helmut Rannacher vom Landesamt für Verfassungsschutz vernommen, der nachweislich unwahre Aussagen macht.
- 26.06.1979
- 12.07.1979 Der Bundesdisziplinaranwalt legt Nachtrag zur Anschuldigungsschrift vor und beantragt Termin vor Gericht
- 02.11.1979 Wegen der "Bedeutung der Sache" beschließt das Gericht einen weiteren Richter hinzuzuziehen
- 15.11.1979 Postminister Gscheidle schreibt einen Brief an das Bundesdisziplinargericht: Die Rechtsauffassung des Bundesdisziplinaranwalts stimme "nicht in allen Punkten mit den Rechtsauffassungen der Bundesregierung überein". Hintergrund des Briefes: der bevorstehende SPD-Parteitag in Westberlin, auf dem Gscheidle wegen seiner Berufsverbotspolitik scharf kritisiert wird.
- 24.03.1980 Hauptverhandlung vor dem Bundesdisziplinargericht - Kammer III (Stuttgart) - in Frankfurt. Das Verfahren sollte ursprünglich in Stuttgart stattfinden, wurde aber nach Frankfurt in einen kleinen Sitzungssaal verlegt, da bis 28.03.1980 in Stuttgart kein "geeigneter Raum" da sei.
- 28.03.1980 Das Gericht spricht Hans Peter frei
- 16.05.1980 Schriftliche Urteilsbegründung liegt vor (III VL 4/79)
- 04.06.1980 Der Bundesbahnsekretär Hans-Jürgen Langmann aus Marl wird von der Kammer IX des Bundesdisziplinargerichts wegen seiner DKP-Mitgliedschaft aus dem Dienst entfernt. Langmann legt gegen das Urteil Berufung ein (IX VL 52/79)
- 19.06.1980 Bundesdisziplinaranwalt reicht Berufungsschrift ein und fordert Entlassung Hans Peters
- 26.06.1980 Die "Frankfurter Rundschau" berichtet, die Bundesminister Baum, Vogel, Gscheidle und der Kanzlerberater Huonker hätten entschieden, daß gegen den Freispruch von Hans Peter Berufung eingelegt werden solle.
- 01.10.1980 In der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU (BT - Drucksache 8/4493) wird eine Entscheidung des Disziplinarsenats des Bundesverwaltungsgerichts über die "Fälle" Peter und Langmann "Mitte des Jahres" angekündigt.